

# **GEFAHR FÜR KENIA DURCH DIE DURCHLÄSSIGE GRENZE ZU SOMALIA**

MARKUS BALDUS||

In Kenia verschlechtert sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren kontinuierlich. Terroranschläge und andere illegale Aktivitäten der in Somalia beheimateten radikal-islamischen Al-Shabaab-Miliz auf kenianischem Territorium sind hierfür vor allem verantwortlich. Die Grenze zwischen den beiden Staaten kann dies offenbar nicht verhindern, da sie die Funktion einer Staatsgrenze mit den dazugehörigen Kontrollen nicht erfüllt. Ferner profitieren unterschiedliche Akteure von einer durchlässigen Grenze.

## **Geschichtliche Entwicklung**

Als die damaligen Kolonialmächte zwischen Mitte November 1884 und Ende Februar 1885 auf der Berliner Afrikakonferenz den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten, folgte die koloniale Grenzziehung oftmals nicht natürlichen Gegebenheiten wie Flüssen, Gebirgszügen, Tälern oder Siedlungsgebieten ethnischer Gruppen, sondern erfolgte willkürlich und teilweise wie mit dem Lineal gezogen. Als die Mehrzahl der afrikanischen Staaten dann in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erklärte, wurden die ehemaligen Kolonialgrenzen beibehalten. Dies wurde so auch von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (AU), bestätigt.

Auch die Grenze zwischen Italienisch-Somaliland, das nach der Unabhängigkeit im Jahre 1960 Teil des heutigen Somalia wurde, und Kenia bzw. dem damaligen Britisch-Ostafrika wurde künstlich „am Reißbrett“ gezogen, wie ihr geradliniger Verlauf unmittelbar nahelegt. Bei einem natürlichen Grenzverlauf würden alle Somalis in einem Land zusammenleben. Jedoch teilte die tatsächliche Grenze das Stammesgebiet der Somalis, ja verlief sogar durch das Gebiet eines Clans, des Darod-Clans, mit seinen Unter-Clans. Durch die Grenzziehung während der Kolonialisierung und die anschließende Bildung der unabhängigen Staaten wurde das Siedlungsgebiet der Somalis in verschiedene Staaten aufgespalten. Sie leben heute in Somalia, im Ogaden, das Teil Äthiopiens ist, in Djibouti und in Nordost-Kenia sowie im ehemals britischen Somaliland, das sich von Somalia unabhängig erklärt hat. Alle Somalis fühlen sich vor allem als solche und nicht als Angehörige des Staates, in dem sie geboren wurden und leben, und dessen Staatsangehörigkeit besitzen sollten. Jubbaland, offiziell Provinz im Südwesten Somalias, ist tatsächlich Teil dreier Länder und erstreckt sich bis in den kenianischen County Garissa. Dieser County wird von Somalis kontrolliert, die der Idee eines gemeinsamen Jubbalandes anhängen. Mitglieder der 13 Clans, die in dieser auf drei

Länder aufgeteilten Region beheimatet sind, fühlen sich zu Jubbaland gehörig. Hierzu zählen auch einflussreiche kenianische Politiker wie der derzeitige Mehrheitsführer im Parlament, Aden Bare Duale, der aus Garissa stammt und dem Ogaden-Clan angehört. Aufgrund ihrer Clan-Zugehörigkeit fühlen sich die kenianischen Somalis den in Äthiopien lebenden näher als den in Somalia beheimateten.<sup>1</sup>

### Von Somalis bewohnte Gebiete



Quelle: Somali Map, URL [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Somali\\_map.jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Somali_map.jpg), Gemeinfreiheit [15.11.2014].

Zur Zeit der Unabhängigkeit der von Somalis bewohnten ehemaligen Kolonien in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verfolgte eine Mehrheit der ethnischen Somalis eine Politik des Irredentismus und strebte die Vereinigung aller Somalis am Horn von Afrika in einem Nationalstaat an. Obwohl die britische Kolonialmacht zunächst erklärt hatte, die Forderungen auch der kenianischen Somalis nach einem gemeinsamen Staat zu unterstützen, wurde dann der von ethnischen Somalis bewohnte nördliche Grenzdistrikt Britisch-Ostafrikas bei der Unabhängigkeit Kenias 1963 doch als Nordost-Provinz Teil Kenias. Somit blieb die koloniale Grenze zwischen Kenia und Somalia unverändert. Auch die OAU unterstützte die somalischen Vereinigungsbestrebungen nicht

und folgte damit den Bedenken von Jomo Kenyatta in Kenia und Haile Selassie in Äthiopien, die ein zu starkes Somalia in ihrer Nachbarschaft fürchteten. Alle Grenzgebiete zwischen Kenia, Somalia und Äthiopien werden jedoch ausschließlich von Somalis bewohnt.

Die von der Mehrheit der kenianischen Somalis gewünschte, aber versagte Zusammenführung mit Somalia löste den von 1963 bis 1967 dauernden sogenannten Shifta-Krieg aus, in dem die somalische Befreiungsbewegung in Nordost-Kenia mit Unterstützung Somalias gegen kenianische Regierungstruppen um den Anschluss an Somalia kämpfte.<sup>2</sup> Der in Kenia verwendete somalische Begriff *Shifita* für die somalistämmigen Rebellen im Nordosten bedeutet Bandit, was deren Degradierung zu einfachen Kriminellen zum Ausdruck bringt. Somalia lieferte Waffen an die somalischen Rebellen in Kenia, die diese aufgrund der nicht ausreichend bewachten Grenze ohne Schwierigkeiten erreichten. Im Laufe des Krieges verschlechterte sich die Lage der somalischen Bevölkerung, die auch zuvor schon benachteiligt war, zunehmend: Die Bevölkerung wurde von der kenianischen Regierung diskriminiert und kriminalisiert. Es kam zu Verhaftungen, Enteignungen und Menschenrechtsverletzungen aller Art. Die Somalis wurden gezwungen, ihre traditionell nomadische Lebensweise als Hirten aufzugeben und wurden in neu geschaffenen Dörfern zwangsangesiedelt, was zu wirtschaftlichen Problemen und Abhängigkeit führte. Auch nach einem Waffenstillstand bei Kriegsende wurde kein offizielles Abkommen geschlossen, das den umkämpften Nordosten Kenias tatsächlich als Teil Kenias festlegte. Als Folge des Shifta-Kriegs entstand im somalisch-kenianischen Bürgerkrieg tatsächlich ein zunehmendes Banditentum, da zurückkehrende Guerilla-Kämpfer weder entwaffnet noch in die kenianische Gesellschaft integriert wurden.<sup>3</sup>

Die andauernde Kriminalisierung und Unterdrückung der kenianischen Somalis, die

den Wunsch nach Vereinigung mit Somalia nur weiter steigerte, eskalierte nach mehreren vorangegangenen Massakern 1984 im Wagalla-Massaker, als kenianische Sicherheitskräfte mehrere Tausend Angehörige eines somalischen Clans im Distrikt Wajir von exekutierten.<sup>4</sup> Die kenianische Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung, die ihren Abschlussbericht im Mai 2013 vorlegte, klassifizierte diesen Vorfall als schlimmste Menschenrechtsverletzung in Kenia seit Staatsgründung.<sup>5</sup> Seit der Unabhängigkeit war es in Kenia immer wieder zu Massakern an der somalischen Bevölkerung gekommen.

Politische Interessen der Somalis orientierten sich am System der Clans und Unter-Clans und der Zugehörigkeit zu diesen. Auch die Formierung von Oppositionsgruppen und Milizen, die an teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen der Somalis untereinander beteiligt waren und in verschiedenen Allianzen über die Jahre immer wieder um die Vormachtstellung in Somalia kämpften, verlief in der Regel entlang von Clan-Grenzen. Staatsgrenzen waren hierbei irrelevant. Diese Konflikte zwischen immer wieder unterschiedlichen Konfliktparteien gipfelten in seit 1988 andauernden Bürgerkriegen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die zu einem völligen Zusammenbruch des Staates Somalia und seiner Strukturen führten, so dass Somalia auch heute noch als ein „gescheiterter Staat“ anzusehen ist.

### **Heutige Situation im Grenzgebiet**

Die offizielle ca. 700 km lange Staatsgrenze zwischen Kenia und Somalia durch weitgehend unbesiedeltes Gebiet ist bis zum heutigen Tag kaum ausreichend markiert; ein Grenzzaun aus Draht existiert nur teilweise. Es gibt kaum ausreichende Kontrollen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Weder die kenianische Polizei noch Zoll oder Armee sind unmittelbar an der Grenze stationiert, da sich selbst die Polizei etwa bei nächtlichen Patrouillen in Lebensgefahr begibt. Als gescheiterter Staat ver-

waltet auch Somalia die Grenze nicht ausreichend. Dies trägt ebenfalls zu Konflikten im Grenzgebiet bei.<sup>6</sup> Für die lokale somalische Bevölkerung – zum Großteil Viehhirten – ist die Grenze nach wie vor in ihrer Lebensrealität nicht existent, sondern lediglich ein theoretisches, von Externen definiertes Konstrukt. Wie in vorkolonialer, aber auch kolonialer und nachkolonialer Zeit weiden sie mit ihren Viehherden, wo immer Weideflächen verfügbar sind. Dabei überschreiten sie die heutige Grenze in beide Richtungen, ohne sich bewusst zu sein, von dem Gebiet eines Staates in das eines anderen zu wechseln, da für sie ausschließlich Clan-Grenzen und nicht Staatsgrenzen relevant sind. Trotzdem werden diese Grenzen von ihnen nicht in Frage gestellt.

Das karge, trockene und ressourcenarme Grenzgebiet im Nordosten Kenias ist besonders von Armut und Unterentwicklung betroffen. Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung und Straßen fehlen häufig, jedoch unternahmen die kenianischen Regierungen bislang kaum Anstrengungen zur Entwicklung der Region. Somalis, in deren Interesse die Entwicklung des Nordostens liegen würde, waren bislang in Politik und Staatsdienst immer unterrepräsentiert.

Viele im Nordosten Kenias lebende Somalis wissen gar nicht, dass sie eigentlich Bürger Kenias sind und als solche Anrecht auf kenianische Ausweisdokumente hätten. Vielfach wird jedoch seit Generationen in Kenia lebenden – insbesondere jungen – Somalis die Ausstellung eines kenianischen Personalausweises verweigert oder dadurch erschwert, dass sie diesen nur in der Herkunftsregion ihrer Eltern beantragen können, in der sie nicht registriert sind, so dass sie letztlich oft keinen kenianischen Ausweis erhalten.<sup>7</sup> Hierdurch werden ihnen grundlegende Bürgerrechte vorenthalten und auch die Jobsuche wird schwieriger. Durch die bis zum heutigen Tag weit verbreitete Diskriminierung der Somalis in Kenia wächst die Gefahr, dass sie für den radikalen Islamis-

mus empfänglich und als Al-Shabaab-Kämpfer rekrutiert werden.<sup>8</sup> Gleichzeitig hat nach somalischer Auffassung jeder ethnische Somali Anrecht auf einen somalischen Pass – unabhängig vom Land, in dem er tatsächlich lebt oder geboren wurde. Daher beantragen viele in Kenia lebende Somalis Ausweisdokumente Somalias in den Grenzorten auf somalischer Seite.<sup>9</sup>

Andererseits erhalten zahlreiche Somalis, die von Schleusern illegal über die Grenze von Somalia nach Kenia gebracht wurden, aufgrund der in der kenianischen Polizei und den Immigrationsbehörden verbreiteten Korruption nach Schmiergeldzahlungen kenianische Personalausweise.<sup>10</sup> Illegale Immigranten aus Somalia festzunehmen, erweist sich als besonders schwierig, da diese über gute Verbindungen und das nötige Bestechungsgeld verfügen. Unter den illegalen Einwanderern aus Somalia, die oftmals in Eastleigh, einem von zahlreichen Somalis bewohnten Stadtteil Nairobis leben, sind auch Terrorverdächtige und andere, in kriminelle Aktivitäten involvierte Personen. Jedoch kann wegen der Korruption, selbst wenn eine Kontrolle bei Grenzübertritt möglich wäre und durchgeführt würde, nicht sichergestellt werden, dass Personen, die die Sicherheit Kenias gefährden, nicht einreisen. Mit diesen illegal nach Kenia eingereisten Personen gelangen auch radikale islamistische Ideen ins Land, die dazu beitragen, die oft benachteiligte islamische Jugend zu radikalisieren und für dschihadistische Aktivitäten zu begeistern. Aufgrund der durchlässigen Grenze wechseln diese radikalisierten Jugendlichen dann ohne größere Schwierigkeiten zwischen Kenia und Somalia.

An einigen wenigen Stellen, den wichtigsten Transportrouten zwischen Kenia und Somalia – etwa von der somalischen Hafenstadt Kismaayo nach Garissa im Nordosten Kenias – sind zwar Grenz- und Zollkontrollstellen eingerichtet. Aufgrund der grassierenden Korruption auf Seiten der kenianischen Sicherheitskräfte an der Grenze finden Kontrollen jedoch häufig nicht so statt, wie es nötig wäre, um die Sicherheit in Kenia zu gewährleisten.

## Aktuelle sicherheitsrelevante Entwicklungen

Im Jahr 2006 hatte sich in Somalia die Union islamischer Gerichtshöfe, eine Vereinigung von Sharia-Gerichten verschiedener Clans, gegründet, um die verschiedenen Warlords zu beseitigen. Diese hatte im Kampf gegen die schwache und wenig durchsetzungsfähige Übergangsregierung Mogadishu eingenommen, wurde jedoch wegen ihrer islamistischen und dschihadistischen Tendenzen durch eine gemeinsame Militäraktion der USA und Äthiopiens im Dezember 2006 zerschlagen. Aus dem radikalen Teil dieser Union gründete sich dann die islamistische Terrormiliz Al-Shabaab, um weiter gegen die somalische Regierung zu kämpfen. Sie breitete sich in den folgenden Jahren vor allem im Süden und Zentrum Somalias – einschließlich Mogadishus – und an der Grenze zu Kenia aus. Nach der Entführung mehrerer Touristen durch Al-Shabaab an der kenianischen Küste nahe der Grenze<sup>11</sup>, was eine Bedrohung des wirtschaftlich wichtigen Tourismussektors in Kenia darstellte, marschierte die kenianische Armee Mitte Oktober 2011 in Somalia ein, um die Rebellen-Miliz auf somalischem Territorium zu bekämpfen und aus den Grenzregionen zu Kenia, insbesondere aus Jubbaland im Südwesten des Landes, zurückzudrängen. Al-Shabaab drohte daraufhin mit Anschlägen in Kenia, solange sich dessen Truppen auf somalischem Territorium befänden. Ende Februar 2012 wurde die kenianische Armee in die Friedensmission der AU in Somalia, AMISOM, integriert<sup>12</sup>, in der unter anderem Kontingente der Streitkräfte Ugandas, Burundis und Äthiopiens die somalische Regierung in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz unterstützen und die Sicherheitslage zumindest in Mogadishu entspannen konnten. Ende September 2012 gelang es der kenianischen Armee als Teil von AMISOM, die Hafenstadt Kismaayo, wichtigste Stadt von Jubbaland, einzunehmen, die bis dahin als entscheidender Stützpunkt von Al-Shabaab galt. Al Shabaab zog sich daraufhin in die ländlichen Regionen Süd-Somalias zurück, verübte aber weiterhin Terrorakte in den Städten.

Auch wenn Al-Shabaab durch die AMISOM-Offensive geschwächt schien, machte die Miliz ihre Drohung wahr: Sie verübte zahlreiche Anschläge an der kenianischen Küste, im Norden und vor allem Nordosten des Landes sowie in Nairobi, um ihrer Forderung nach Abzug des kenianischen Militärs aus Somalia Nachdruck zu verleihen. Die Anschläge gipfelten in der mehrtägigen Belagerung des Westgate-Einkaufszentrums in Nairobi, bei der über 60 Menschen getötet wurden. Hier zeigte sich, wie wenig das kenianische Sicherheitssystem die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten konnte: Nicht nur waren Al-Shabaab-Kämpfer unerkannt über die Grenze nach Kenia eingedrungen, sondern es wurden auch Waffen und Sprengstoff nach Kenia geschmuggelt, ohne dass kenianische Sicherheitskräfte dies verhinderten, sei es aus Nachlässigkeit oder aufgrund erhaltener Bestechungsgelder. Man geht ferner davon aus, dass sich die Kommando-Zentrale von Al-Shabaab in Nairobi befindet, Anschläge von hier aus koordiniert werden und ein kontinuierlicher reger Austausch über die kenianisch-somalische Grenze stattfindet.

Nach einer Bombenexplosion im von zahlreichen somalischen Geschäftsleuten bewohnten Stadtteil Eastleigh in Nairobi führten Anfang April 2014 über 10.000 kenianische Sicherheits- und Polizeikräfte eine „Usalama Watch“ genannte Razzia wahllos in Häusern in Eastleigh durch, um angebliche Terrorverdächtige aufzuspüren und festzunehmen. Wer immer danach aussah, somalischer Herkunft zu sein und keine Ausweisdokumente vorlegen konnte, die – wie erwähnt – Personen somalischer Abstammung oft verweigert werden, wurde mit Anwendung von Gewalt festgenommen. Viele unbescholtene somalische Geschäftsleute sowie Frauen, Kinder und alte Menschen wurden Opfer dieser Aktion, die offenbar weniger der Sicherheit der Bürger diene, als eher nach einer staatlich organisierten Bestrafung der gesamten somalischen Gemeinschaft aussah. Viele somalische Geschäftsleute verloren danach das Vertrauen

in den kenianischen Staat. Sie spürten, dass sie und ihre geschäftlichen Aktivitäten nicht erwünscht waren und verließen Eastleigh und sogar Kenia aufgrund des wachsenden Hasses gegenüber Somalis. Dieser Hass wird auch in den Medien weiter geschürt und stellt Somalis unter Generalverdacht hinsichtlich terroristischer Aktivitäten.<sup>13</sup>

Ein weiterer folgenreicher Anschlag mit fast 60 Toten ereignete sich Mitte Juni 2014 in Mpeketoni im County Lamu. Man geht davon aus, dass Al-Shabaab hier geschickt die regionalen sozialen und ethnischen Spannungen zwischen der ursprünglichen moslemischen Bevölkerung und den aus dem kenianischen Hochland stammenden Kikuyus, die sich vor ein paar Jahrzehnten dort niedergelassen hatten, ausnutzte. Lokale, islamische Jugendliche, die über viele Jahre benachteiligt waren und ausgegrenzt wurden, aber auch Konvertiten anderer Volksgruppen hatten sich radikalisiert und waren über die Grenze nach Somalia gegangen, um sich dem Kampf von Al-Shabaab anzuschließen. Nun waren sie offensichtlich zurück nach Kenia gekommen, um gemeinsam mit Al-Shabaab diesen Anschlag zu verüben; denn einige Bewohner Mpeketonis wurden von den Angreifern mit Namen angesprochen.<sup>14</sup> Auch hier zeigte sich die somalisch-kenianische Grenze erneut als hochgradig durchlässig, also in der Praxis nicht existent.

Nach der Eroberung Kismaayos durch die kenianische Armee im Rahmen von AMISOM im September 2012 erwartete man, den illegalen Export von Holzkohle in die Golfstaaten durch somalische Geschäftsleute stoppen zu können. Dieser war mit einem Gewinn von über 15 Millionen USD pro Jahr als wichtigste Einnahmequelle von Al-Shabaab schon zuvor auf Drängen der somalischen Regierung vom UN-Sicherheitsrat gebannt worden.<sup>15</sup> Wie eine amerikanische Organisation nun herausfand, ist jedoch das Gegenteil der Fall: Die kenianische Armee unterstützt sogar den illegalen Verkauf und Export von Holzkohle durch ihren militärischen Gegner Al-Shabaab, der an Straßensperren und Häfen die Holzkohle informell besteuert, und verdient mit

an den auf die Exporte im Hafen von Kismaayo illegal erhobenen Steuern und Zölle. Ferner sind ca. 70 Geschäftsleute aus Kismaayo, Garissa und Nairobi als Zwischenhändler an dem Handel beteiligt. Da die Regierung die Machenschaften der kenianischen Armee nicht unterbunden hat, geht man davon aus, dass auch hochrangige Politiker in den illegalen Handel verstrickt sind und davon profitieren. Ohne die Einnahmen aus dem illegalen Holzkohle-Handel hätte Al-Shabaab nicht die nötigen Finanzen gehabt, um die Terroranschläge in Nairobi und an der kenianischen Küste durchzuführen.<sup>16</sup> Besonders brisant ist hier, dass also indirekt die kenianische Armee sowie kenianische Geschäftsleute die Attentate durch Al-Shabaab in Kenia mit zu verantworten haben.

### **Schmuggel mit Unterstützung korrupter Behörden**

Eine weitere wichtige Einnahmequelle für Al-Shabaab zur Finanzierung ihrer Terroraktivitäten und für kenianische Mittelsmänner stellt der - in umgekehrter Richtung, vom Hafen in Kismaayo nach Nordost-Kenia - organisierte Schmuggel von Zucker über die kenianisch-somalische Grenze dar. Dieser konnte sich auch nach der Eroberung von Kismaayo durch die kenianischen Streikräfte unter AMISOM weiter etablieren. Somit existiert ein von Al-Shabaab organisierter Handelskreislauf, da die in den somalischen Häfen ankommenden Schiffe den Zucker unverzollt entladen und dann mit Holzkohle für die arabischen Staaten beladen werden. Auch am illegalen Handel mit Zucker ist die kenianische Armee beteiligt. Er ersetzt für Al-Shabaab die nach dem Verlust Kismaayos ausgefallenen Zolleinnahmen vom Hafen. Hintergrund des Zucker-Schmuggels nach Kenia ist die Reduzierung der Zuckerproduktion in Höhe von 300.000 Tonnen in Kenia, die durch geschmuggelten Zucker im Wert von mehr als einer Milliarde USD kompensiert wird.<sup>17</sup> Der Zucker wird in Nordost-Kenia in Mandera, Wajir und Garissa gelagert und dann sogar billiger als der heimisch produzierte verkauft.<sup>18</sup> Hierbei handelt es sich um den größten Schwarzmarkt Kenias.

Auf kenianischer Seite wird der illegale Zuckerimport im County Garissa durch Flüchtlinge in den Camps in Dadaab organisiert, die aufgrund der Dürre in Somalia nach Kenia gekommen waren und mit Angehörigen ihrer Clans in der Hafenstadt Kismaayo in Verbindung stehen. Hierdurch entwickelte sich Dadaab zu einem Zentrum des Schmuggels von Zucker aus Somalia, aber auch von Reis und elektronischen Geräten, die von dort aus deutlich billiger auf dem kenianischen Markt verkauft werden als die lokal hergestellten Produkte. Dies gilt für zahlreiche, auch korrekt aus Somalia importierte, Produkte des täglichen Bedarfs. Umgekehrt wird Vieh von Kenia – etwa Kamele aus dem County Wajir – nach Somalia exportiert. Die Rolle, die die Flüchtlingslager beim Schmuggel spielen, veranlasste den kenianischen Innenminister Ole Lenku die Schließung der Lager zu fordern, auch wenn dies der Flüchtlingspolitik von UNHCR widerspricht. In den beiden anderen Counties an der somalischen Grenze, Wajir und Mandera, wird der Zucker durch lokale kenianische Geschäftsleute und Somalis mit illegal erworbenen kenianischen Ausweisen eingeschmuggelt.

Der Schmuggel des Zuckers funktioniert nur deshalb so erfolgreich und reibungslos, da Beamte der kenianischen Polizei, des Zolls, der Steuerbehörde, der Sicherheitsbehörden und der Lokalverwaltungen Teil des Systems sind. Diese nehmen hohe Schmiergeldzahlungen – zwischen 750 Euro und 1.100 Euro je LKW, abhängig von der geladenen Menge – von den kenianischen Zwischenhändlern an, welche gute und langjährige Kontakte zu hohen kenianischen Regierungs- und Sicherheitsbeamten pflegen und daher bei Polizei, Steuer- und Zollbehörden bevorzugte Behandlung genießen. Somit ist auch das politische Establishment Kenias in den Schmuggel involviert. Die LKWs mit den illegalen Waren werden an den Straßensperren und beim Grenzübertritt nicht mehr kontrolliert. Die Bestechungsgelder werden von Regierungs- und Sicherheitsbeamten entweder an den Straßensperren oder auch schon

im Vorfeld kassiert und mit ihren jeweiligen Vorgesetzten geteilt. Über den Grenzübergang Doble werden so wöchentlich 1.500 Tonnen Zucker nach Nordost-Kenia geschmuggelt. Der Schmuggel konzentriert sich auf einige wenige Hauptrouten, an denen alle Kontrollstellen eingeweiht sind. Andere Strecken werden vermieden, um nicht den dortigen Sicherheitskräften erneut Bestechungsgelder zahlen zu müssen.<sup>19</sup>

Noch gravierender ist der Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoffen, die für Anschläge in Kenia verwendet werden. Diese werden in leeren Zuckersäcken versteckt und unter den anderen Zuckersäcken verborgen.<sup>20</sup> Auch hierüber sind korrupte kenianische Grenz- und Sicherheitsbeamte informiert und dulden nach Erhalt entsprechender Schmiergelder die illegale Einfuhr der Waffen, die dann zur Gefahr für die Sicherheit im eigenen Land werden.

Seit Anfang des Jahres 2014 verübten Al-Shabaab-Milizionären drei Attentate auf kenianische Sicherheitskräfte, bei denen zehn Polizeibeamte ums Leben kamen. Daraufhin wurden einige Grenzposten geschlossen, wodurch weitere Sicherheitslücken an der Grenze entstanden.<sup>21</sup> Um die Grenze nach Somalia effektiv zu sichern, wären ca. 1500 kenianische Soldaten notwendig. Das Hauptproblem sind jedoch vielmehr die weit verbreitete Korruption, der Mangel an kenianischem Patriotismus und die Disziplinlosigkeit der Beamten vor Ort.<sup>22</sup>

Schon seit den 1990er Jahren schmuggelten kenianische Somalis Waren aus Somalia über die Grenze nach Nordost-Kenia. Durch den illegalen Zuckerhandel werden dem kenianischen Staat dringend benötigte Steuereinnahmen in Höhe von fast 50.000 Euro pro Tag vorenthalten. Man geht davon aus, dass die von den durchlässigen Grenzen abhängige Schattenwirtschaft 58 Prozent der kenianischen Wirtschaft ausmacht. Würde dieser durch illegalen Handel verlorene Anteil an Staatseinnahmen auch nur halbiert, so ständen dem Staat die für Entwicklung und Sicherheit dringend benötigten finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

### Projekte der HSS

Die HSS in Kenia führt regelmäßig Seminare und Podiumsveranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen und Entwicklungen in der Region Ostafrika gemeinsam mit dem Institute for Security Studies (ISS) durch, einem afrikaweit arbeitenden Think Tank. Da besonders die Aktivitäten der in Somalia beheimateten islamistischen Al-Shabaab-Miliz sicherheitsrelevante Auswirkungen auf Kenia haben, und es immer wieder zu Terroranschlägen in Nairobi, an der Küste und im Norden und Nordosten Kenias kommt, standen die von somalischem Boden ausgehenden Gefahren bereits mehrfach im Zentrum der gemeinsamen Veranstaltungen. Experten aus Wissenschaft und Forschung, Zivilgesellschaft, Politik und aus Regierungsinstitutionen einschließlich der Streitkräfte und anderer Sicherheitsorgane Kenias liefern hochkarätige fachliche Beiträge zu diesen Veranstaltungen, und regen damit den Dialog mit Seminarteilnehmern an, die aus kenianischen Organisationen und Institutionen sowie aus der internationalen Gemeinschaft stammen.

Mehr zu unserer Arbeit unter:  
[www.hss.de/kenia](http://www.hss.de/kenia)

### Grenzmanagement und Perspektiven

Das unzureichende Management der kenianisch-somalischen Grenze stellt eine Hauptursache für Konflikte und mangelnde Sicherheit in Kenia dar. Kenia fehlt bislang eine Strategie, seine Grenzen effektiv zu sichern. Trotz der seit langem existierenden massiven Sicherheitsprobleme im Land wurde der Sicherheitssektor bislang nicht reformiert. Die Arbeit der Polizei im Grenzgebiet erfolgt meist unkoordiniert. Die kenianischen Streitkräfte werden oftmals für Zwecke der inneren Sicherheit eingesetzt, statt die Grenze zu Somalia zu schützen. Auch hat die kenianische Regierung bislang keine wirksame, mit moderner Technologie ausgestattete Antiterror-Einheit etabliert. Ebenso fehlt ihr eine Strategie, das Eindringen von Al-Shabaab-Kämpfern nach Kenia zu verhindern, was inzwischen vielfach von Al-

Shabaab ausgenutzt wurde, um Anschläge in Kenia zu verüben.<sup>23</sup>

In vielen Ländern profitieren Netzwerke von Personen in hohen, einflussreichen Positionen von Schwarzmarkthandel und Schattenwirtschaft besonders in Konfliktgebieten.<sup>24</sup> Auch einige hochrangige kenianische Entscheidungsträger profitieren von der Unsicherheit und insbesondere dem illegalen Handel über die durchlässigen Grenzen und haben daher kaum Interesse an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. So wurden Waffen und teilweise fiktives Material und Personal im Bereich der Sicherheit für umgerechnet ca. sieben Millionen Euro angeblich finanziert, wovon aber ca. 90 Prozent in private Taschen flossen.<sup>25</sup> Der oberste Rechnungsprüfer Kenias stellte in seinem Prüfbericht 2012/13 fest, dass im Finanzjahr bei umgerechnet über drei Millionen Euro Ausgaben des Verteidigungsministeriums die nötigen Belege fehlten, was seiner Ansicht nach darauf hindeutet, dass die Gelder nicht ordnungsgemäß verwendet wurden, sondern vermutlich unter dem Vorwand zusätzlicher Ausgaben für den militärischen Einsatz in Somalia in die privaten Taschen von Politikern oder Geschäftsleuten geflossen seien.

Die Korruption durchdringt Kenia auf allen Ebenen: bei den Beamten der Polizei, bei der Einwanderungsbehörde, beim Zoll vor Ort im Grenzgebiet sowie in der lokalen und nationalen Politik. Daher wird auch die kenianisch-somalische Grenze nicht im Interesse Kenias und seiner Bürger, sondern hauptsächlich nach privaten, vor allem finanziellen Interessen verwaltet. Wünschenswert wäre ein Umdenken, so dass ein gewinnbringender, legaler grenzüberschreitender Handel allen Kenianern zugute kommt. Im Management der Grenze spiegelt sich in der Regel das Management des Staates wider: Ein schlecht verwalteter Staat mit schwachen Institutionen und einer schwachen politischen Führung, dem es an Werten wie Integrität und Führungsqualitäten mangelt, hat in der Regel auch unsichere Grenzen, die zu Sicherheitsrisiken im Land führen. Aufgabe

des Staates ist es jedoch, seine Grenzen und damit sein Territorium sowie seine Souveränität zu sichern und so auch die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten.

Um illegalen Grenzübertritt, illegalen Handel über die Grenzen und die Gefährdung der Bürger Kenias durch Terroranschläge zu verhindern, und um die Arbeit von Zoll und Polizei zu gewährleisten, bedürfte es neben Reformen im Sicherheitssektor der Grenzsicherheit durch wirksame Absperrungen, der Stationierung von Streitkräften sowie der Einrichtung einer Pufferzone. Dies ist umso wichtiger, solange keine stabile Regierung in Somalia existiert, die die Sicherheit von dort aus garantieren und die Grenze ausreichend kontrollieren kann. Ferner ist es wichtig, dass die kenianische Regierung die Ausgrenzung der somalischen Kenianer beendet, Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Nordostens Kenias ergreift, staatliche Basisdienstleistungen wie in anderen Regionen des Landes bereitstellt und den Dialog mit der somalischen Gemeinschaft beginnt und aufrechterhält. Gemäß Empfehlungen von Experten sollte die kenianische Regierung angesichts fehlender erfolgversprechender Alternativen im Hintergrund auch über Kontaktpersonen informelle Verhandlungen mit Al-Shabaab führen und hier insbesondere somalische Clan-Führer in die Gespräche involvieren.<sup>26</sup>

---

## || Markus Baldus

Auslandsmitarbeiter Kenia



## ANMERKUNGEN

- 1 Interview mit Salah Abdi Sheik [07.08.2014].
- 2 Vgl. Whittaker, Hannah (2008): Pursuing Pastoralists: the Stigma of Shifta during the 'Shifta War' in Kenya, 1963-68, URL <http://arts.monash.edu.au/publications/eras/edition-10/whittaker-article.pdf> [10.10.2014].
- 3 Vgl. Mburu, Nene (1999): Contemporary Banditry in the Horn of Africa: Causes, History and Political Implications, in: *Nordic Journal of African Studies* 8 (2): S. 89-107.
- 4 Vgl. Sheik, Salah Abdi (2007): Blood on the Runway: The Wagalla Massacre of 1984.
- 5 Vgl. Truth Justice and Reconciliation Commission (2013): Full Report of the Truth Justice and Reconciliation Commission, URL <http://www.kenyamoja.com/tjrc-report/> [10.11.2014].
- 6 Vgl. Menkhaus, Ken (2008): The rise of a mediated state in northern Kenya: the Wajir story and its implications for state building, in: *Afrika Focus*, Volume 21, Nr. 2, S. 23-38, URL <http://www.wajir.org/rapporten/Ken%20Menkhaus%20-%20rapport%20over%20opbouw%20vrede%20in%20Wajir.pdf> [10.11.2014].
- 7 Vgl. Kenya National Commission on Human Rights (2007): An Identity Crisis? A Study on the Issuance of National Identity Cards in Kenya, S. 9, URL <http://www.knchr.org/Portals/0/EcosocReports/KNCHR%20Final%20IDs%20Report.pdf>. [23.10.2014].
- 8 Vgl. Anyadike, Obinna (2014): Analysis: Conflict dynamics on Kenya's coast, URL <http://www.irinnews.org/report/100394/analysis-conflict-dynamics-on-kenya-s-coast> [23.10.2014].
- 9 Interview mit Salah Abdi Sheik.
- 10 Vgl. Maina, Samwel (2014): How cartel lets illegal immigrants into the country, URL <http://mobile.nation.co.ke/news/-/1950946/2288270/-/format/xhtml/-/m7b4l8z/-/index.html> [22.10.2014].
- 11 Vgl. Al Jazeera (2011): Kenya sends troops to attack al-Shabab, URL <http://www.aljazeera.com/news/africa/2011/10/20111016115410991692.html> [24.10.2014].
- 12 Vgl. AMISOM (2011): Kenya – KDF, URL <http://amisom-au.org/kenya-kdf/> [24.10.2014].
- 13 Vgl. Sharif, Ubayda (2014): Kenya's Operation Usalama Watch Not So "Amani", URL <http://somalianewsroom.com/kenyas-operation-usalama-watch-not-so-amani/> [14.11.2014].
- 14 Vgl. Anyadike, Obinna (2014).
- 15 Vgl. Kelley, Kevin (2012): UN bans trade in charcoal from Somalia, in *The East African*, URL <http://www.theeastafrican.co.ke/news/UN+bans+trade+in+charcoal+from+Somalia/-/2558/1334750/-/158q9d1/-/index.html> [25.10.2014].
- 16 Vgl. Munene, Mugumo (2014): KDF funds Al-Shabaab through illegal charcoal trade, says new probe report, in: *The Nation*, 27.07.2014, S. 10.
- 17 Vgl. Boniface, Bosire (2013): Sugar imports from Somalia fund Al-Shabaab, Kenyan officials say, URL [http://sabahionline.com/en\\_GB/articles/hoa/articles/features/2013/04/24/feature-01](http://sabahionline.com/en_GB/articles/hoa/articles/features/2013/04/24/feature-01) [24.10.2014].
- 18 Vgl. Onger, Boniface (2014): Al-Shabaab joins illicit sugar trade, in: *The Nation*. [12.10.2014].
- 19 Vgl. Jubat, Adow (2013): How illicit trade in guns, sugar thrives along porous border URL <http://www.afriacog.org/ij/2013/how-illicit-trade-in-guns-sugar-thrives-along-porous-border> [24.10.2014].
- 20 Vgl. Boniface, Bosire (2013).
- 21 Vgl. Jubat, Adow (2014): State closes security posts along Somali border, URL [http://www.standardmedia.co.ke/m/story.php?articleID=2000102074&story\\_title=State-closes-security-posts-along-Somali-border](http://www.standardmedia.co.ke/m/story.php?articleID=2000102074&story_title=State-closes-security-posts-along-Somali-border) [11.10.2014].
- 22 Vgl. Jubat, Adow (2013).
- 23 Vgl. Franklin, Andrew (2014): It's time to reform our security structure, in: *Business Daily*. [26.10.2014].
- 24 Vgl. Nordstrom, Carolyn (2004): Shadows of war.
- 25 Interview mit Dr. Okumu, Experte für Grenzsicherheit, [31.10.2014].
- 26 Rt. Major General Charles Mwanzia, ISS Seminar zur Sicherheitslage Kenias (31.07.2014). URL <http://www.hss.de/?id=18579> [24.10.2014].